

Transportanforderungen

Sämtliche Frachtunterlagen (Frachtbriefe, Lieferscheine, Paletten- und Wiegebelege) sind uns innerhalb von 10 Tagen nach dem Transport einzureichen. Andernfalls erfolgt ein Frachtabzug in Höhe von 30,00 EUR. Sollte die Dokumentation der Belege unklar oder falsch sein, werden wir den dadurch entstehenden Mehraufwand mit 50,00 EUR berechnen. Sollte die Neutralität nicht eingehalten werden, erfolgt eine Vertragsstrafe i.H.v. 100,00 EUR. Des Weiteren können dafür zusätzliche Kosten entstehen. Sollte der Ladetermin nicht eingehalten werden können, muss eine Rückmeldung spätestens eine Stunde vor dem Ladetermin erfolgen. Andernfalls erfolgt ein Frachtabzug in Höhe von 15,00 EUR. Sollte der Liefertermin nicht eingehalten werden, erfolgt eine Sanktion in Form eines Frachtabzugs von mindestens 100,00 EUR.

Bei Nichteinhaltung der vorausgesetzten Fahrzeugausrüstung wird die Beladung des Fahrzeuges verweigert. Daraus entstehende Mehrkosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Die Fahrzeugstellung muss bei Komplettladungen für ein Ladungsgewicht von 25.331 kg erfolgen. Beladen werden nur Planenfahrzeuge. Der Fahrer muss bei der Anmeldung mit der im Auftrag genannten Ordnernummer auf dem Durchlassschein eine Nutzlast von 25,5 to. angeben (Bei Ladestelle Basell Polyolefine). Kundenschutz gilt als vereinbart. Eine Haftung gem. HGB in Höhe von 40 SZR je kg (brutto) gilt als vereinbart. Einen entsprechenden Versicherungsschutz, sowie den Besitz der notwendigen Genehmigungen und das Einhalten der gesetzlichen Bestimmungen setzen wir als gegeben voraus. Bei Problemen sind wir sofort unter der u.g. Telefon-Nr. zu verständigen. Bitte fügen Sie Ihrer Rechnung den/die quittierten Ablieferbeleg/e bei. Bei uns eingereichte Rechnungen werden im Falle der Richtigkeit und Vollständigkeit innerhalb 30 Tagen nach Erhalt beglichen. Standgeldrechnungen Ihrerseits für Überbe- und Entladezeiten werden nicht anerkannt. Bei Übernahme von Teilpartien dürfen keine mit ADR beladenen Fahrzeuge das Werk befahren. Diese werden abgewiesen.

Europaletten sind Zug um Zug zu tauschen! Bei nicht getauschten Paletten haben Sie die Frist diese binnen 14 Tagen an die Beladestelle zurückzugeben, soweit nichts anderes vereinbart wurde. Ansonsten erfolgt eine Berechnung von 10,00 EUR pro Europalette zzgl. einer Bearbeitungsgebühr i.H.v. 15,00 EUR, die bei Rückgabe der Paletten nicht storniert wird. Nach Erstellung der Palettenrechnung haben Sie noch 30 Tage Zeit für die Rückführung. Bei Nichrückführung innerhalb dieser Frist wird die Palettenrechnung mit Ihrer Frachtrechnung verrechnet. Die Rückführung des Leergutes ist zwingend mit uns abzustimmen!

Geschäftsbedingungen / Haftung

Wir arbeiten ausschließlich auf Grundlage der Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen 2017

- ADSp 2017 **Hinweis: Die ADSp 2017 weichen in Ziffer 23 hinsichtlich des Haftungshöchstbetrages für Güterschäden (§ 431 HGB) vom Gesetz ab, indem sie die Haftung bei multimodalen Transporten unter Einschluss einer Seebeförderung und bei unbekanntem Schadenort auf 2 SZR/kg und im Übrigen die Regelhaftung von 8,33 SZR/kg zusätzlich auf 1,25 Millionen Euro je Schadenfall sowie 2,5 Millionen Euro je Schadenereignis, mindestens aber 2 SZR/kg, beschränken.** Ergänzend wird vereinbart, dass

1. Ziffer 27 ADSp weder die Haftung des Spediteurs noch die Zurechnung des Verschuldens von Leuten und sonstige Dritten abweichend von gesetzlichen Vorschriften wie § 507 HGB, Art. 25 MÜ, Art. 36 CIM, Art. 20, 21 CMNI zu Gunsten des Auftraggebers erweitert,
2. der Spediteur als Verfrachter bei der Führung oder sonstigen Bedienung des Schiffes in den in § 512 Abs. 2 HGB aufgeführten Fällen des nautischen Verschuldens für Maßnahmen, die nicht überwiegend im Interesse der Ladung getroffen wurden oder bei Feuer oder Explosion an Bord nur für eigenes Verschulden haftet und
3. der Spediteur als Frachtführer im Sinne der CMNI unter den in Art. 25 Abs. 2 CMNI genannten Voraussetzungen nicht für nautisches Verschulden sowie Verschulden bei Zusammenstellung oder Auslösung eines Schub- oder Schleppverbundes, für Feuer oder Explosion an Bord oder für vor Beginn der Reise bestehende Mängel des Schiffes haftet.

Unsere Dienstleistungen basieren auf der Grundlage heutiger Tarife und Kurse und der am Transport beteiligten Verkehrsunternehmen bzw. den Konnossement-Bedingungen der eingesetzten Reedereien. Im Falle von Widersprüchen gelten vorrangig die ADSp in der aktuell gültigen Fassung. Die Berechnung von Kleinwasser/Bunker- und Dieselmzuschlägen erfolgt gem. Am Zehnhoff-Söns Tarif. Transportversicherungen werden nur auf ausdrücklichen Auftrag und gegen zusätzliche Berechnung eingedeckt. Die Angebote verstehen sich freibleibend bis zum jeweiligen Festabschluss und exklusiv der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Als Gerichtsstand für beide Parteien wird Bonn, Deutschland vereinbart sowie die Anwendung des Deutschen Rechts.

Einhaltung gesetzlicher Vorschriften/ Mindestlohn / Prüf- und Kontrollrechte

- (1) Der Auftragnehmer (beauftragter Frachtführer) stellt sicher, dass sein Unternehmen, die von ihm eingesetzten Fahrzeuge sowie das von ihm eingesetzte Fahrpersonal sämtliche gesetzlichen Voraussetzungen, die für die Durchführung des vom Auftraggeber erteilten Transportauftrags erfüllen. Insbesondere hat der Auftragnehmer oder das durch ihn eingesetzte Fahrpersonal Lenk- und Ruhezeiten einzuhalten. Bei Fahrten mit Gefahrgut müssen die schriftlichen Weisungen immer in Farbe mitgeführt werden.
- (2) Der Auftragnehmer wird insbesondere dafür sorgen, dass er selbst, sein Fahrpersonal sowie die von ihm gegebenenfalls eingesetzten Subunternehmer, falls für den konkreten Transportauftrag notwendig,
 - a) über die für den Transport erforderliche Erlaubnis und Berechtigung nach § 3 und § 6 GüKG (Erlaubnis, Gemeinschaftslizenz, Drittlandgenehmigung und/oder CEMT-Genehmigung) verfügen und die gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen während der Fahrt mitgeführt werden;
 - b) die Erlaubnis, Gemeinschaftslizenz, Drittlandgenehmigung und/oder CEMT-Genehmigung jeweils nur entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen verwendet wird, was z. B. auch die Beachtung der Kabotagevoraussetzungen in Art. 8 der Verordnung (EG) 1072/2009 oder bei Einsatz einer CEMT-Genehmigung die Voraussetzungen des § 7a GüKGrKabotageV umfasst;
 - c) ein Fahrtenberichtsheft nach Art. 5 der CEMT-Richtlinie während der Fahrt mitführen;

- d) ausländische Fahrer aus Drittstaaten (Nicht-EU/EWR-Staaten) und Subunternehmer aus einem EU-/EWR-Staat ausschließlich mit den erforderlichen Fahrerlaubnissen einsetzt bzw. nur mit der erforderlichen Arbeitsgenehmigung einsetzt und dafür sorgt, dass das Fahrpersonal die gem. § 7b Abs. 1 S. 2 GüKG vorgeschriebenen Unterlagen im Original und – soweit notwendig – mit einer amtlich beglaubigten Übersetzung in deutscher Sprache während der Fahrt mitführt;
- e) nur Fahrer eingesetzt werden, die über eine gültige Fahrerlaubnis sowie einen gültigen Pass oder Personalausweis verfügen, die vom Fahrpersonal mitgeführt werden;
- f) Frachtbriefe und Ladepapiere bei Abfahrt vorliegen und während der Fahrt mitgeführt werden;
- g) die nach a) bis f) mitzuführenden Unterlagen auf Verlangen des Auftraggebers oder dessen Vertragspartnern im Original vorgelegt werden;
- h) nur solche Fahrzeuge eingesetzt werden, für die eine gültige güterkraftverkehrsrechtliche Zulassung im Heimatland des Auftragnehmers vorliegt.
- (3) Der Auftragnehmer erklärt hiermit verpflichtend, dass er mit Wirkung zum 01.01.2015 im Rahmen des von ihm für den Auftraggeber durchzuführenden Transportauftrags seinen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Arbeitnehmern zumindest den gem. den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG) gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn, derzeit in Höhe von 12,00 € brutto je Zeitstunde, zahlen wird. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer geeignete Unterlagen vorzulegen (z. B. anonymisierte Gehaltsbescheinigungen), aus denen sich zweifelsfrei ergibt, dass dessen Arbeitnehmern der gesetzliche Mindestlohn gezahlt wird. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zudem, bei einem Einsatz von Subunternehmern, diese in gleicher Weise vertraglich zur Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns und zur Nachweiserbringung zu verpflichten. Diese Verpflichtung des Subunternehmers soll auch eine entsprechende Verpflichtung für weitere Subunternehmer enthalten.

Haftungsfreistellung / Mitwirkungspflichten

- (1) Der Auftraggeber wird vom Auftragnehmer im Innenverhältnis hinsichtlich des von ihm durchgeführten Transportauftrags von einer Haftung nach § 13 MiLoG i.V.m. § 14 AEntG und von sämtlichen Verbindlichkeiten, die aus einer Verletzung gesetzlicher Vorschriften des Auftragnehmers und/oder dessen Erfüllungsgehilfen herrühren, auf erstes Anfordern freigestellt.
- (2) Die Haftungsfreistellung gem. Abs. 1 umfasst insbesondere auch Ersatzansprüche Dritter, etwaig zu zahlende Bußgelder und Geldstrafen sowie die angemessenen Kosten der Rechtsverfolgung.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber die zur Rechtsverteidigung erforderlichen Auskünfte und Unterlagen auf jeweiliges Anfordern unverzüglich zu erteilen.

General Transport Requirements

All transport documents (waybills, delivery notes, pallet and weighing receipts) must be submitted to us within 10 days after transport. If the documents are not submitted within the before mentioned timeframe, payment will be reduced by 30.00 EUR. If the documentation of the receipts is unclear, incorrect or incomplete, we will charge 50.00 EUR for the resulting additional effort. If the neutrality is not observed, a contractual penalty of 100.00 EUR will be imposed. Furthermore, additional costs may be incurred. If the deadline for the loading time cannot be met, feedback must be submitted to us within one hour before the loading time. If no feedback is received within the before mentioned timeframe, payment will be reduced by 15.00 EUR. If the delivery date is not met, a penalty in the form of a freight deduction of at least 100.00 EUR will be applied.

Failure to comply with the required vehicle equipment will result in refusal to load the vehicle. Any resulting additional costs shall be borne by the contractor. The vehicles are required to carry 25.331 kg of cargo. Only tautliners will be loaded. Upon registration at the loading place, using the order number above, the driver has to enter a minimum loading weight of 25.5 tonnes on the passage note (especially at the loading point Basell Polyolefine!). Customer protection, discretion regarding clients and client relations is deemed to be agreed. A liability according to HGB in the amount of 40 SDR per kg (gross) shall be deemed agreed. We assume a corresponding insurance coverage, as well as the possession of the necessary permits and the compliance with the legal provisions.

If any problems occur, we are to be contacted immediately via the telephone number mentioned below. Please attach the signed delivery note to your invoice. All correct and complete invoices submitted to us will be paid within 30 days of receipt. Any invoices from your side regarding additional payments for extra loading- or unloading times will not be accepted. When taking over partial lots, no vehicles loaded with any amount of dangerous goods (ADR) may enter the loading place. Those will be rejected.

Euro pallets are to be exchanged immediately. If the pallets are not exchanged, there is a deadline to return them to the loading point within 14 days, unless otherwise agreed. If the deadline cannot be met, you will be charged 10.00 € per pallet. A service fee of 15.00 € will also be charged, whether or not you choose to exchange the pallets within the timeframe. After the pallet invoice has been issued, you still have 30 days to return the pallets. If you do not return the pallets within this period, the pallet invoice will be offset against your freight invoice. If this deadline is met, the pallet invoice will be canceled except for the service fee. The returning has to be coordinated with us.

Trading Conditions / Liability

We operate exclusively in accordance with the German Freight Forwarders' General Terms and Conditions 2017 – (Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen 2017 - ADSp 2017). **Note: In clause 23 the ADSp 2017 deviates from the statutory liability limitation in section 431 German Commercial Code (HGB) by limiting the liability for multimodal transportation with the involvement of sea carriage and an unknown damage location to 2 SDR/kg and, for the rest, the customary liability limitation of 8,33 SDR/kg additionally to Euro 1,25 million per damage claim and EUR 2,5 million per damage event, but not less than 2 SDR/kg.** The parties agree subsidiary, that

1. clause 27 ADSp does neither extend the liability nor the responsibility of the forwarder for agents, servants, employees or crewmembers beyond legal regulations as Art. 507 HGB, Art. 25 MC, Art. 36 CIM, Art. 20, 21 CMNI for the benefit of the principal.
2. the freight forwarder as a sea carrier while carrying or operating on board is only liable for fault of his own part in case of risks mentioned in Art. 512 paragraph 2 no. 1 HGB such as default in navigation of the ship or fire or explosion on board and
3. the freight forwarder as a carrier defined in CMNI is relieved of liability in compliance with the requirements provided in Art. 25 paragraph 2 CMNI such as default in navigation of the ship and negligence in composition or initiation of a pushed or towed bond, for fire or explosion on board or for defects of the vessel existing before the start of the journey.

Our services are based on current tariffs and rates and the transport companies involved in the transport or the bill of lading conditions of the shipping companies used. In case of conflict the provisions of the ADSp shall prevail. Small water/bunker and fuel surcharges will be charged according to Am Zehnhoff-Söns tariff. Transport insurances are only covered on explicit order and against additional charge. The offers are subject to change until the respective firm conclusion and exclusive of the legal value added tax.

The place of jurisdiction for both parties is agreed to be Bonn, Germany. German Law shall apply.

Compliance with statutory regulations / minimum wage / monitoring rights

- (1) The contractor (the commissioned freight carrier) has to ensure that his company, the vehicles he uses and his drivers, strictly adhere to the regulations by law that are important for the implementation. Particularly with regard to the drive and rest periods. The driver has to carry the written instructions in color with him, when driving with hazardous materials.
- (2) The contractor shall in particular ensure that he himself, his drivers and any subcontractors he may employ, if necessary for the transfer order,
 - a) are in possession of the essential license and authorization of § 3 and § 6 GüKG (License, community license, third party country permission and/or CEMT-permission). The driver has to carry all the necessary documents by law with him;
 - b) are just using that license, community license, third party country permission and/or CEMTpermission appropriate their assignment, for example under attention of the cabotage requirement in Article 8 Regulation (EC) 1072/2009 or under use of a CEMT-permission the requirement of § 7a GüKGrKabotageV;
 - c) are carrying a driver's logbook with them according to article 5 of the CEMT-guideline;
 - d) in case of foreign drivers from third party countries (not EU/EWR states) and subcontractors from EU/EWR states are in possession of the necessary driving license and labour permit and carry all original documents, if necessary with a certified translation, with them appropriate § 7b I S. 2 GüKG;

- e) are in possession of a valid driving license and a valid pass or identification card when driving;
 - f) have a bill of lading and cargo documents at departure and during ride on hand;
 - g) show the documents of the former chapters a)-f) to the client on demand;
 - h) are just using vehicles with valid admission;
- (3) The contractor bindingly declares, that he pays his employees working in the Federal Republic of Germany the minimum wage or more, corresponding to the minimum wage legislation "Mindestlohngesetz" (MiLoG) from 01.01.2015. The statutory minimum wage is currently 12,00 EUR gross per hour. At the request of the customer, the contractor shall submit suitable documents (e.g. anonymized salary statements) which show beyond doubt that its employees are paid the statutory minimum wage. If subcontractors are used, the contractor also undertakes to contractually oblige them in the same way to comply with the statutory minimum wage and to provide evidence thereof. This obligation of the subcontractor shall also include a corresponding obligation for further subcontractors.

Indemnification clause / Obligation to co-operate

- (1) The client shall be indemnified by the contractor with regard to the transport order executed by him from any liability pursuant to § 13 MiLoG in conjunction with § 14 AEntG and from all liabilities arising from a violation of statutory provisions by the contractor and/or its vicarious agents.
- (2) The indemnification pursuant to paragraph 1 shall also include, in particular, claims for damages by third parties, any fines and penalties to be paid as well as the reasonable costs for legal prosecution.
- (3) The contractor undertakes to provide the client with the information and documents required for the legal defense without delay upon the respective request.